

PRESSEMITTEILUNG

Führungskräfte fordern Koalition zum Handeln bei Flexi-Rente auf

Die Führungskräftevereinigung ULA kritisiert den anhaltenden Stillstand bei den Verhandlungen innerhalb der Großen Koalition über eine „Flexi-Rente“. „Der derzeitige Streit um die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge von Beschäftigten jenseits der Regelaltersgrenze geht am Kern des Problems vorbei“, kritisiert ULA-Hauptgeschäftsführer Ludger Ramme.

Als wichtigsten Beitrag zur Erleichterung eines flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente sieht die ULA eine massive Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen für Bezieher einer vorgezogenen Altersrente und die Schaffung eines stufenlosen Systems von Teilrenten an. Arbeitnehmer im rentennahen Alter könnten so ihre Arbeitszeit reduzieren und das fehlende Einkommen durch den vorzeitigen Abruf eines Teils ihrer Rente mit Abschlägen auffüllen.

„Die Zahl der Rentner, die nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, ist derzeit noch sehr gering“, betont ULA-Hauptgeschäftsführer Ramme. Sie werde wohl nach einer Reform zunächst nur langsam steigen. „Im Falle der von der CDU/CSU befürworteten Beitragsbefreiung erscheint uns die Furcht der SPD vor starken Verzerrungswirkungen am Arbeitsmarkt übertrieben.“ Umgekehrt halte die

Führungskräftevereinigung auch die Hoffnung der CDU/CSU für unbegründet, mit einer beitragsrechtlichen Privilegierung einen massiven Schub bei der Beschäftigung von Vollrentnern zu erzeugen.

So wichtig in langfristiger Perspektive die Lebensjahre jenseits eines Alters von 65 sind: Aus Sicht der ULA liegen die eigentlichen Probleme heute in den Jahren unmittelbar davor. Ramme abschließend: „Die bestehenden Hindernisse für die Beschäftigung von Frührentnern müssen vorrangig beseitigt werden.“

(223 Wörter/1.227 Zeichen mit Leerzeichen)

ULA – United Leaders Association ist die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände. Sie ist das politische Sprachrohr aller Führungskräfte in Deutschland. In deren Auftrag vertritt sie die Interessen der Führungskräfte in der Arbeits-, Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik gegenüber Regierung und Parlament sowohl in Berlin als auch in Brüssel.

www.ula.de